

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

spd/II/83 - 14.10.1947

Einheitliche Bodenreform

H.K. Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und die Bezirksausschüsse für Agrarpolitik in der britischen Zone trafen vor einigen Tagen in Unna i.W. zusammen. Sie berieten über die Haltung der Sozialdemokraten zur Frage der Bodenreform, deren gesetzgeberische Grundlagen jetzt in den Landtagen im Laufe der nächsten drei Monate beschlossen werden sollen. Das Ergebnis der Besprechungen war der gemeinsame Beschluß, daß die SPD-Abgeordneten sich in allen Landtagen für eine in den Grundsätzen einheitliche Reform einsetzen werden. Gegenüber allen Versuchen reaktionärer Kräfte, die Bodenreform im Interesse des Großbesitzes zu torpedieren, werden die Sozialdemokraten an dem bekannten Gesetzentwurf der SPD festhalten, für dessen entscheidende Punkte es bekanntlich bei den Beratungen im Zonenbeirat eine Mehrheit gegeben hat - wenn auch die Verordnung der britischen Militärregierung darauf keine Rücksicht genommen hat.

Erster Grundsatz wird die Festlegung der Höchstgrenze auf 100 ha resp. auf einen Einheitswert von RM 130.000,- sein. Alle Betriebe, die darüber hinausgehen, sollen enteignet werden. Nur so ist es möglich, genügend Land zur Schaffung neuer selbständiger Bauernhöfe frei zu bekommen, um wenigstens einem Teil der Flüchtlinge eine neue Heimat geben zu können. Für die Feststellung des Besitzstandes wird als Stichtag der 8. Mai 1945 gefordert, da bekanntlich besonders kluge Rittergutsbesitzer ihr Land schon vorsorglich an ihre Frauen und Kinder "verteilt" haben.

Zweiter Grundsatz ist, daß Enteignungen aus Mittelbesitz nicht eher vorgenommen werden dürfen, ehe nicht der Großbesitz im vollen Umfange der Bodenreform unterworfen worden ist. Die Sozialdemokraten werden mit allen Mitteln dagegen kämpfen, daß diese Bodenreform unten anfängt, während sie oben nicht durchgeführt wird. Nicht weniger wichtig ist die Beseitigung des Pächterrechts. Die Sozialdemokraten werden fördern - und sie werden von dieser Forderung nicht abgehen - daß alle bäuerlichen Familienbetriebe, die seit dreißig Jahren von ein und derselben Pächterfamilie bearbeitet worden, während sich der Besitzer des Bodens darauf beschränkt, ohne eigene Arbeit die Pacht einzustecken, in das Eigentum der bisherigen Pächter überführt werden.

Die Sozialdemokraten sind sich der Tatsache bewusst, daß diese Forderungen auf den erbitterten Widerstand stoßen werden, die lieber andere für sich arbeiten lassen als selber etwas zu tun. Man wird z.B. von der Heiligkeit des Privatbesitzes zu hören bekommen. Dem gegenüber werden die Vertreter der SPD in den Landtagen aber nicht vorgesehen, daß es in diesem Kampf buchstäblich um das Leben von zehntausenden deutscher Menschen geht, die durch Nazisystem und Krieg alles verloren haben und deren einzige Lebenshoffnung darin besteht, daß man ihnen wieder Boden unter die Füße gibt.